Wirtschaft

Luxemburg braucht eine Debatte über eine nachhaltige Wirtschaftspolitik!

Wie selten zuvor fand in dieser Legislaturperiode eine Zuspitzung der öffentlichen Diskussion darüber statt, welche wirtschaftliche Entwicklung wir in Zukunft anstreben. Ausgelöst wurde diese wohl vor allem auch aufgrund von drei Entwicklungen: der Erstellung der sogenannten „Rifkin-Strategie“, den vermehrt sichtbaren Konsequenzen des Wachstums u.a. im Mobilitätsbereich und auf dem Wohnungsmarkt sowie einigen geplanten neuen Betriebsansiedlungen.

Es gibt jedoch weitere Aspekte, die in die Diskussion über die zukünftige Orientierung der Wirtschaftspolitik einfließen müssten: vor allem die Klimaproblematik, die untrennbar mit unserem Wirtschaftsmodell verbunden ist; die zunehmende ungerechte Verteilung des Reichtums in unserer Gesellschaft und weltweit; die Verknappung der Ressourcen u.a.m.

Luxemburg steht - auch aufgrund internationaler Abkommen - in der Pflicht, auf ein Wirtschaftsmodell zu setzen, das aus Sicht der nachhaltigen Entwicklung als zukunftsfähig angesehen werden kann.

Nach Ansicht des Mouvement Ecologique wird derzeit noch zu sehr versucht, eine Art „greenwashing“ des aktuellen Wachstumsmodelles zu erreichen und somit lediglich hie und da einzelne Kurskorrekturen am heutigen System durchzuführen. Dies wird jedoch nicht zielführend sein!

Auch die sogenannte Rifkin-Strategie formulierte keine vollends befriedigende Antwort. Sie ist in der Tat auf dem „ökologischen Auge“ blind; außerdem werden darin keine klaren Rahmenbedingungen formuliert, um z.B. den Digitalisierungsprozess auch ökologisch und sozial zu gestalten.

Ziel der nächsten Legislaturperiode müsste es sein, die Chancen einer fundamentalen Neugestaltung unserer Wirtschaftspolitik in den Fokus zu rücken und - im Respekt der Grenzen des Umweltraumes - auch die Grenzen des Wachstums zu akzeptieren. Dabei muss die absolute Reduktion unseres Ressourcen-, Energie- und Flächenverbrauchs im Vordergrund stehen - ebenso wie fortschrittliche Standards aus sozialer Sicht... und ein Ausstieg aus dem Wachstumszwang. Auch wenn Wachstum in verschiedenen Branchen wünschenswert ist, darf unser gesamtes Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell nicht weiterhin auf der Notwendigkeit eines kontinuierlichen Wachstums basieren.

Parallel gilt es neue gemeinwohl-orientierte Ansätze in der Wirtschaft und im Zusammenleben zu fördern.

1 Grundsatzdebatte über den Wirtschaftsstandort Luxemburg nach dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung führen

Statt den Eindruck vermitteln zu wollen, vor allem durch technische Innovationen und Effizienzsteigerungen ein "grünes" langfristig tragfähiges Wachstum zu erreichen (siehe Kasten), brauchen wir eine ehrliche Debatte über unser Gesellschafts-, Sozial- und Wirtschaftsmodell. Wie wollen wir ohne einen kontinuierlichen Wachstumszwang - mit allen Nebeneffekten - unseren Wohlstand sicherstellen?

Und sogar wenn man sich nicht auf die doch so unerlässliche Hinterfragung des Wachstumsdogmas einlassen wollte, müsste man zumindest, aus pragmatischer Sicht, folgende Fragestellungen in den Fokus rücken:

- Wie kann eine **wachstumsunabhängigere Gestaltung und Finanzierung des Sozialsystems** erfolgen?
- Welche **wirtschaftlichen Bereiche wachsen bisher in Luxemburg?** Mit welchen **ökonomischen, sozialen und ökologischen Folgen**? Welche dieser Folgen sind kurz-/langfristig unerwünscht / erwünscht?
- Welche Bereiche sollen in Zukunft, auch aus Sicht einer nachhaltigen Entwicklung, **langfristig wachsen**? Welche ökonomischen, sozialen und ökologischen Veränderungen/ Verbesserungen ergäben sich dadurch?
- Inwieweit und wodurch **beeinflusst der Staat bzw. die Politik das Wachstum bzw. die volkswirtschaftliche Produktionsfunktion** bisher in welche Richtung? Welche Programme / Maßnahmen können sich in welcher Weise auf das Wachstum und den Einsatz der in der Wachstumsfunktion berücksichtigten Produktionsfaktoren auswirken? Wie kann man diese Programme/Maßnahmen abändern bzw. ersetzen, um die knappen Umweltressourcen zu schonen und nicht nur zu höherem Kurzfristnutzen einzusetzen?

Exkurs: Rifkin-Studie und Grundsatzdebatte über den Wirtschaftsstandort

Der Geist der Rifkin-Studie ist recht einfach zu beschreiben: Effizienz, Effizienz und nochmals Effizienz bzw. Produktivitätssteigerung. Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien ***effizienter*** für das Wachstum nutzen - ***Effizienz***steigerung bei der Nutzung von (neuen) Energien, im Mobilitätsbereich, um wirtschaftliche Aktivitäten ***effizienter*** fördern zu können… Diese Effizienzsteigerung soll vor allem durch die ***Digitalisierung*** erfolgen: Digitalisierung der Kommunikation, der Energie und des Transportes.

Der Gesamtansatz ist jener eines ***effizienzgetriebenen „normalen" Wachstumsmodells***, in das zwar
Energie als zusätzlicher Produktionsfaktor einbezogen wird, die begrenzten Umwelt- bzw. Naturkapazitäten demgegenüber jedoch nicht als wirklich relevante Faktoren oder als harte Restriktionen in die Überlegungen einbezogen werden.

Die laufende bzw. anstehende dritte industrielle Revolution wird sonder Zweifel u.a. von der **Digitalisierung** geprägt werden. Und sie wird auch zu Effizienz- und Produktivitätsgewinnen führen, was sinnvoll ist. Aber es gibt nicht den geringsten Beleg dafür, dass sie **a priori** zu absolut sinkenden Umweltansprüchen bzw. -belastungen führen wird. Die höhere Ressourceneffizienz hat bisher über das globale Mengenwachstum (Menschen/Produkte) allenfalls zu geringeren Verbräuchen für ein einzelnes Produkt / Leistung geführt, nicht aber zur absoluten Verringerung der Ressourcennutzung.

Ein weiterer Fokus wird auf die rationellere Nutzung vorhandener Ressourcen durch die **„circular economy"** gelegt. Das Prinzip der Kreislaufwirtschaft ist sicher zukunftsweisend, u.a. weil es Unternehmen anstoßen kann, sich mit nachhaltigerem Produktdesign und der Schließung von Stoffkreisläufen unter Vermeidung oder Minderung von Abfall und Emissionen auseinander zu setzen.

Das Konzept, so sinnvoll es auch ist, blendet jedoch die Frage einer weltweit tragfähigen und gerechten Verteilung von Rohstoffen aus, ebenso wie den zu erwartenden Rebound-Effekt, d.h. ein weiteres wirtschaftliches Wachstum (u.a. aufgrund von Kostenminderungs-Effekten) und damit eine verstärkte Energie- und Ressourcennutzung. Die begrenzten Kapazitäten des Umweltraumes werden zudem nicht einbezogen. **Global gesehen, haben alle industriellen Revolutionen starke Effizienzverbesserungen erbracht, selten aber wurde dadurch eine globale Umweltentlastung erreicht.**

In der Regel werden Produktivitätssteigerungen und Effizienzgewinne sofort für weiteres Wachstum, also für Produktionsausdehnungen, umgenutzt: der schon erwähnte „Reboundeffekt" tritt ein (d.h. die effizientere Produktion löst einen höheren Verbrauch aus, da einerseits Betriebe ihre Ressourcenausschöpfen und andererseits bei Konsumenten das Gefühl entsteht, der höhere Konsum sei umweltverträglicher, was jedoch gesamt gesehen nicht der Fall ist.).

Die simple Formel „Effizienzerhöhung zwecks Wachstumsstimulierung" wird der komplexen Aufgabe einer nachhaltigen Langfriststrategie nicht gerecht.

Somit ist für den Mouvement Ecologique eine grundsätzliche Schwachstelle der Rifkin-Studie, dass:

• sie die **Dimension der nachhaltigen Entwicklung**, welche das Fundament einer industrielle Revolution darstellen sollte, **de facto nicht wirklich einbezieht**;

• bei der Debatte über die **Effizienzsteigerung** zwar zum Teil der Energiefaktor berücksichtigt wird, jedoch **alle anderen umweltrelevaten Elemente außen vor gelassen** werden und die Tatsache ignoriert wird, dass Effizienzsteigerung eben **gerade nicht a priori die absolut notwendige Reduktion des Ressourcenverbrauchs sowie der Umweltbelastung herbeiführt;**

* die Grenzen unseres Umweltraumes weiterhin gesprengt werden. Dabei sind gerade dies die Zukunftsherausforderungen schlechthin!

• die Effizienzsteigerung quasi als **Ersatz einer Hinterfragung des Gesellschafts- und des dahinter stehenden Wachstumsmodells gesehen wird.**

2 Kooperative Formen des Wirtschafts und des Gemeinwesens mit Leben füllen!

In den vergangenen Jahren haben neuartige Formen des Wirtschaftens ihren Weg gemacht. Diese wurden z.T. ebenfalls im Rahmen der Rifkin-Strategie angerissen: Prosumenten-Netzwerke - Genossenschaften - Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften sind Stichworte in diesem Bereich.

Bei zahlreichen dieser Initiativen geht es nicht um Wachstum, sondern um neue Formen des Wirtschaftens, der Sozial- und Solidarwirtschaft basierend auf einem weniger materiell orientierten und nachhaltigeren Gesellschaftsmodells. Verbunden sind jene Initiativen häufig mit dem Ziel, Erwerbsarbeit fair zu teilen, generell neue Modelle des Wirtschaftens zu entwickeln, z.B. auch durch die Einführung eines Grundeinkommens.

Die neue Regierung sollte es sich zur **absoluten Priorität** machen, gerade diese **neuen Formen des Wirtschaftens sehr gezielt zu fördern**. Indem z.B. derzeit bestehende Hemnisse abgebaut werden (in staatlichen Förderprogrammen / Unterstützungsmechanismen werden derartige Kooperativen bei weitem noch nicht immer vorgesehen), die Debatten darüber zu fördern; eine sachliche Diskussion über die potentielle Einführung des Grundeinkommens sicherzustellen u.a.m.

Zudem gilt es **Strukturen**, wie Reparaturzentren; Car-Sharing-Infrastrukturen, Verleih statt Verkauf von Produkten sehr **gezielt zu unterstützen**.

Übergeordnetes Ziel der Regierung muss es sein, Strukturen zu fördern und zu schaffen, die Wege zu einem **nachhaltigen, suffizienten und guten Leben** ermöglichen.

3 Weitgehende nachhaltige Steuerreform durchführen!

In der auslaufenden Legislaturperiode sollte gemäß Regierungsvertrag eine tiefgreifende Steuerreform auch aus der Sicht der nachhaltigen Entwicklung durchgeführt werden. Wohl wurden bei der durchgeführten Steuerreform einige isolierte Abänderungen aus ökologischer Sicht am Steuersystem realisiert, eine grundsätzliche Neuorientierung erfolgte jedoch nicht!

Dies obwohl in Luxemburg Umweltsteuern im Jahre 2014 nur beschämende 5,25% der staatlichen Steuereinnahmen ausmachten, die relative Belastung des Kapitals auf ein historisches Tief von 21,2% gefallen war und 50,4% auf den Faktor Arbeit entfallen.

Wer die Schlagwörter von „qualitativem Wachstum“ nutzt, muss umgehend den **Umweltverbrauch weitaus stärker belasten** und das Sozialsystem entlasten.

Die kommende Regierung muss unbedingt **alle notwendigen Berechnungen und Daten auf den Tisch** legen, damit eine **tiefgreifende Steuerreform** durchgeführt werden kann. Diese Forderung ist die Grundlage schlechthin für ein neues Wirtschaftsmodell.

4 Abbau umweltschädlicher Subventionen sicher stellen - Internalisierung der externen Kosten im Sinne der Preiswahrheit

Analysen im Ausland haben aufgezeigt, dass Länder vielfach erhebliche Gelder in nicht zukunftsfähige Projekte investieren, die anderweitig weitaus sinnvoller eingesetzt werden könnten.

Für Luxemburg liegt immer noch keine derartige Analyse vor. Im Energie- und Verkehrssektor sind viele Subventionen als umweltschädlich bekannt - auch in der Landwirtschaft. Es ist dabei ein absoluter Anachronismus, wenn der Staat Gelder ausgibt, ohne die Umweltfolgen und andere Langfristeffekte zu berücksichtigen.

Die b**estehenden Subventionsregime sollten entsprechend auf ihre Umweltverträglichkeit bzw. allgemeine Auswirkungen aus Sicht einer nachhaltigen Entwicklung überprüft** und Konsequenzen gezogen werden.

Wie hoch das Potential sein kann, weist die Situation in Deutschland auf. Gemäß Umweltbundesamt fließen in Deutschland jährlich mehr als 57 Milliarden Euro an umweltschädlichen Subventionen (wobei diese Berechnung die Kohlesubventionnierung beinhaltet).

5 Analyse über die politischen Lenkungsmöglichkeiten des Wirtschaftswachstums durchführen

In Debatten wird regelmäßig behauptet, das Wirtschaftswachstum wäre nicht „steuerbar“. Wobei im gleichen Atemzug, die Akteure, die diese Behauptung aufstellen, trotzdem gerne anführen, die heutige gute wirtschaftliche Situation sei auf ihre politischen Entscheidungen zurückzuführen...

Zur Objektivierung und Versachlichung einer Wachstumsdebatte sollte die neue Regierung umgehend eine **Analyse** durchführen, über **welche Lenkungsmöglichkeit der wirtschaftlichen Entwicklung der Staat** verfügt. Nur so können (endlich) die Gestaltungsmöglichkeit der Politik aufgezeigt und somit eine korrekte Debatte geführt werden.

6 Die Frage der mittel- und langfristigen Finanzierung des Sozialsystems nicht länger hinausschieben!

Die derzeitige Abhängigkeit der Finanzierung des Luxemburger Sozialsystems vom Wirtschaftswachstum stellt zweifellos ein zentrales Problem dar, dem nicht länger ausgewichen werden darf!

Bei dem derzeitigen Finanzierungsmodus können die Sozialausgaben nur mit einer steten Zunahme der Beitragszahler / der Einnahmen gedeckt werden, insofern ist bei diesem Modell ein fortwährendes Wachstum unerlässlich für die Finanzierung des Sozialsystems. Aber: wenn man diese Logik in die Zukunft extrapoliert, müsste Luxemburg unendlich anwachsen... was wohl niemand sich wünscht.

Wenn man diese Fragestellung nicht heute angeht - was an sich geboten wäre - verlagert man diese Herausforderung lediglich auf die kommenden Generationen.

Diese stehen dann aber zusätzlich vor der Tatsache, dass mit der Steigerung der Einwohnerzahl die Ansprüche an das Sozialsystem sogar noch weiter gestiegen sind. Insofern vergrößern und verlagern wir das Problem der Finanzierung des Sozialsystems nur auf die kommenden Generationen - eine nicht nachhaltige Verschiebung in der Zeit!

Es gilt somit heute das Sozialsystem unabhängiger vom Wirtschaftswachstum zu gestalten.

Die Regierung sollte umgehend eine **Analyse** in Auftrag geben, welche **alternative zusätzliche Finanzierungsmodelle** es gibt. Dabei darf die Frage einer verstärkten Kapital- und Finanztransaktionsbesteuerung auch für Luxemburg kein Tabu mehr sein. Die Diskrepanz zwischen der hohen Belastung des Faktors “Arbeit” gegenüber dem Faktor “Kapital” ist nicht hinnehmbar.

7 Bedingungsloses Grundeinkommen als Option für Luxemburg analysieren

Von zahlreichen Fachleuten wird das bedingungslose Grundeinkommen als ein zentrales Element einer Neuorientierung unseres Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells angesehen. In Luxemburg wurde die Diskussion bis dato noch nicht wirklich geführt. Die nächste Regierung sollte umgehend Akteure zusammenrufen, um das **Pro und Contra sowie eventuelle Detailmodalitäten** eines derartigen Mindesteinkommens - im Kontext der gesamten sozialen Absicherung - zu thematisieren und auszuloten. Im Ausland wurden z.T. Modellprojekte initiiert, wobei jeweils andere Akzente und Prioritäten (z.B. betreffend die Höhe, die Rahmenbedingungen) gesetzt wurden. Gerade Luxemburg, als überschaubares und reiches Land, müsste sich intensiv mit der **Opportunität der Einführung des Grundeinkommens** sowie eines entsprechenden **Modellvorhabens** auseinandersetzen.

8 Externe Kosten der Entwicklung diverser ökonomischer Aktivitäten berechnen und auf den Tisch legen!

Auf der Ebene des Tanktourismus erfolgte erstmalig in Luxemburg eine **Kosten-Nutzenanalyse**: Es wurde untersucht, in welchem Verhältnis die externen Kosten - sprich Umweltbelastung, notwendige Infrastrukturkosten u.a.m. - zu den generellen Vorteilen und im Besonderen den Einnahmen stehen. Die Ende 2016 vorgestellte Studie hat klar gemacht: Die negativen Konsequenzen des Tanktourismus auf Umwelt, Gesundheit oder Infrastrukturen überwiegen bei weitem die reinen Steuereinnahmen, makroökonomisch ist der Tanktourismus ein Verlustgeschäft mit 3,5 Milliarden jährlichen Kosten versus 2,1 Milliarden Einnahmen. Zudem fördert der Tanktourismus Umwege von Fahrzeugströmen und erhöht die Attraktivität des motorisierten Individualverkehrs gegenüber dem öffentlichen Transport sowie der sanften Mobilität.

Es ist bedauerlich, dass eine solche Analyse, die vom Wirtschaftsministerium auch für eine Reihe von industriellen Ansiedlungen ins Auge gefasst worden war, nicht verwirklicht wurde.

Dies mit dem Argument, dass es “methodische Probleme” gäbe, um valide Aussagen treffen zu können. Dabei würde eine derartige Analyse sicherlich dazu beitragen, objektive Fakten zu beschaffen, die eine Diskussionsgrundlage für die Ansiedlung von weiteren Betrieben in Luxemburg darstellen könnte. Deren Erstellung und Diskussion sollte eine Priorität der kommenden Regierung im Rahmen einer Reorientierung der Wirtschaftspolitik darstellen.

9 Staatliche Förderung verstärkt an Nachhaltigkeits-Kriterien binden!

Für Nicht-Insider ist es schwer durchschaubar, von welchen staatlichen Subventionen ein Betrieb heute profitieren kann, welche steuerlichen Erleichterungen ihm unter Umständen zugestanden werden oder aber auch nicht.

Es ist unabdingbar, dass das Wirtschaftsministerium hier weit **transparenter kommuniziert** und auch **Nachhaltigkeitskriterien einbezieht**, was die aktuelle Handhabung betrifft. Darüber hinaus müsste darauf hingearbeitet werden, dass vor allem jene Betriebe, die den Nachhaltigkeitszielen und den erklärten Diversifizierungszielen der Regierung entsprechen eine Förderung erhalten, jene aber, die nicht konform zu diesen Leitlinien sind, nicht.

Zusätzlich sollte die Vergabe von staatlichem Bauland für Betriebsansiedlungen an strikte Kriterien gebunden werden! Als Eigentümer des Landes ist die Regierung frei zu entscheiden, wem sie welches Land zur Verfügung stellen bzw. verkaufen will oder nicht. Sicherlich soll dies nicht willkürlich “à la tête du client” erfolgen, sondern gemäß festgelegten, nachhaltigen und auch nachvollziehbaren Kriterien. Es wäre deshalb an der Zeit, dass sich die Regierung **transparente Kriterien für den Verkauf oder die Zurverfügungstellung von Land** geben und offen legen würde, dies im Interesse der Rechtssicherheit für alle Akteure.

10 Die Zukunft gehört verstärkt den regionalen Märkten - der regionalen Wertschöpfung eine wirtschaftspolitische Priorität einräumen!

Mit der Schaffung u.a. des Holz-Clusters wurde eine Idee u.a. des Mouvement Ecologique aufgegriffen, um - gemeinsam mit allen Akteuren - eine s**tärkere Inwertsetzung der einheimischen Holzproduktion** zu fördern. Diese und andere Initiativen zur Förderung regionaler Produkte und Veredelungsprozesse, z.B. im Landwirtschafts- und Gartenbaubereich, ist nach Meinung des Mouvement Ecologique verstärkt eine Priorität einzuräumen gegenüber der Ansiedlung von globalen Akteuren.

Dies muss sich auch in der konkreten Politik in Sachen **Standorte für den Mittelstand** niederschlagen: Handwerkskreise monieren zu Recht, die Regierung würde sich scheinbar mehr ins Zeug legen, um Google bei der Standortwahl zu unterstützen, als den -zig Luxemburger Handwerksbetrieben, die einen neuen Standort suchen (und in nationalen Aktivitätszonen weiterhin kaum Zugang haben!). Dringend geboten ist somit eine Debatte darüber, welchen Stellenwert wir vor allem der regionalen Wertschöpfung beimessen und wie wir diese reell stärken können.

Dies würde nach Ansicht des Mouvement Ecologique mit sich bringen, dass die zur Verfügungstellung von Standorten - im Besonderen auf interkommunaler / regionaler Ebene - verstärkt auf den Mittelstand orientiert wird, eine Landwirtschaftspolitik gefördert wird, im Rahmen derer (auch im Interesse der Landwirte selbst) direktere Vermarktungs- und Verarbeitungsstrukturen entstehen, Betriebe im Konstruktionsbereich fitter gemacht werden für nachhaltige Bauweisen u.a.m.

11 Verbindliche Umweltziele definieren - und über die Kommodo-Gesetzgebung hinaus rechtlich verankern!

Eigentlich gibt es zahlreiche Dokumente, in welchen generelle Nachhaltigkeits- und Umweltziele festgehalten werden: der Plan für nachhaltige Entwicklung (z.B. Verringerung der Bodenversiegelung), das Programm der Landesplanung (z.B. Priorität für die Entwicklung von zentralen Siedlungsorten - centres de développement et d’attraction), diverse EU-Vorgaben (z.B. Vorgaben für zulässige Belastung der Luft) u.a.m. Und trotzdem haben bis dato derartige generelle Ziele vielfach noch nicht vollends Eingang in die Entscheidungsprozesse von Betriebsansiedlungen bzw. -genehmigungen gefunden. Vielfach wird die Einzelsituation des Betriebes betrachtet, nicht aber die Gesamtauswirkungen auf die Umgebung bzw. dessen Impakt auf generell definierte Umweltziele.

Dabei ist es gerade die Summierung von Einzelentscheidungen, die dazu führen kann, dass ökologische Grenzen gesprengt werden.

Deshalb sollten u.a. zwei Maßnahmen ergriffen werden:

- **Festlegen von politisch und rechtlich verbindlichen quantitativen nationalen Umweltzielen**, was den Energie-, Ressourcen- und Flächenverbrauch sowie die klima- und umweltschäd-lichen Emissionen betrifft;

- **Überarbeitung des rechtlichen Rahmens für Entscheidungen von Betriebsniederlassungen und -ausweitungen**. Neben der "bestmöglichen Technologie" müssen bei der Ansiedlung eines Betriebes oder eines Betriebsausbaus auch die vorher genannten Umweltziele als verpflichtendes Kriterium einbezogen werden (u.a. drängt sich eine entsprechende Bestimmung im neuen Klimaschutzgesetz auf).

Seitens des Umweltministeriums war im Übrigen eine Studie über die natürliche Wachstumsgrenzen des Umweltraumes in Luxemburg angekündigt worden (in Bezug auf Wasser, Luft, Boden, Flächenverbrauch...). Es wird nach wie vor mit Spannung auf diese so wichtige Studie gewartet.

12 Entwurf des sektoriellen Planes „Aktivitätszonen" (ggf. nach Überarbeitung) in Kraft setzen

Der neue sektorielle Plan „Aktivitätszonen" sollte den Prinzipien einer kohärenten Landesplanung, einem Schutz vor einer weiteren Zersiedlung der Landschaft oder aber dem Zusammenführen von „Arbeiten - Mobilität und Wohnen" entsprechen.

Dabei drängt der Mouvement Ecologique darauf, die **Großregion mit einzubeziehen** und ebenfalls grenzüberschreitende Aktivitätszonen zu planen.

Aufgrund der öffentlichen Prozedur, die noch in der aktuellen Legislaturperiode abläuft, sollte ggf. eine Überarbeitung des Entwurfes und eine **definitive Validierung** im Interesse aller Akteure erfolgen.

13 Mittelstands- und Wirtschaftsministerium als *ein* Ministerium beibehalten

Unter dieser Regierung wurden die Kompetenzen im Bereich Tourismus, Mittelstand und Wirtschaft in einem Ministerium zusammengeführt.

Der Mouvement Ecologique ist der Überzeugung, dass diese Bündelung der Kompetenzen zielführend ist und beibehalten werden soll.

Allerdings gilt es die **Kompetenzen im Energiebereich dem Nachhaltigkeitsministerium** zu übertragen.